



## **RUNDBRIEF der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit – Dezember 2011**

### **Liebe IFFF-Frauen und Sympathisantinnen,**

herzlichen Dank für die ideelle und materielle Unterstützung, die ihr uns in diesem Jahr habt zukommen lassen. Da wir, wie bereits mehrfach angekündigt, das Münchner Konto langfristig auflösen wollen, bitte ich alle, die ihre Jahresbeiträge und Spenden noch dorthin überweisen, bei Gelegenheit auf das unten aufgeführte Konto umzustellen.

Gestern erhielt ich die traurige Nachricht, dass die amerikanische WILPF-Aktivistin Joyce McLean gestorben ist, die sich 50 Jahre für WILPF und gegen Krieg und die US-amerikanische Militärpolitik eingesetzt hat. Seit ich sie 1995 im Friedenszug traf, war sie mir Freundin und Vorbild. Sie erzog sechs Kinder und nahm trotz einer Fußamputation weiter an Mahnwachen und WILPF-Kongressen teil. Ich habe noch ihre Stimme im Ohr, als sie mir von einer Anti-Pershing-Demonstration erzählte. Sie war bereits in Handschellen, als sie spürte, dass sich ihre Prothese löste. Sie rief: "Please, help me, my leg comes out!" Niemand reagierte. Krachend knallte ihr Bein zu Boden, während sie versuchte, irgendwie das Gleichgewicht zu halten. Sie lachte: „Was glaubst du, wie schnell die mit dem Schlüssel ankamen!“

Einige von euch haben schon erfahren, dass im September die IFFF-Friedensaktivistin Ruth Gleissberg im Alter von 99 Jahren in Hamburg starb. Ich durfte sie 1995 auf dem Kongress in Helsinki kennenlernen und noch auf einigen Jahresversammlungen begrüßen. Anne Ley war sehr eng mit ihr befreundet und hat in einem Nachruf Ruths vorbildhaftes Wirken beschrieben, den ihr auch auf unsere Website findet (<http://www.wilpf.de/ueber-uns/friedensfrauen/ruth-gleissberg-1912-2011.html> oder unten in der Anlage 1).

Dazu passt der Beitrag der Festrednerin Rita Schäfer anlässlich des 15jährigen Jubiläums des „Frauennetzwerk für Frieden“ im Oktober: „Frauen leisten wichtige Beiträge zum Aufbau von Zivilgesellschaft, dennoch wird ihre Friedensarbeit oft nicht wahrgenommen. Sie wird als selbstverständlich betrachtet, als Sozialarbeit abgetan oder gar belächelt. Gelegentlich wird sogar behauptet, Frauen würden nur partikulare weibliche Interessen vertreten, die vor allem dem Privatbereich zuzuordnen seien. Wenn wir also den Standort der Friedensarbeit von Frauen bestimmen wollen..., dann ist die Kluft zwischen den großen Leistungen der Friedensstifterinnen und der Ignoranz durch politische Entscheidungsträger und durch die Gesellschaft besonders auffällig. Und das, obwohl Frauen nicht nur richtungsweisende Meilensteine auf dem beschwerlichen Weg in friedlichere Gesellschaften setzen, sondern auch mit großen und kleinen Schritten überhaupt erst Wege nach Kriegen und gewaltsamen Konflikten bahnen.“ Sie führte weiter aus, dass diese Nichtbeachtung umso kritikwürdiger sei, da Frauen auch in Zeiten, in den offiziell Frieden herrscht, Gewaltzustände anprangern und deeskalierend wirken.

Immerhin wurden in diesem Jahr drei Frauen mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, die diesen Preis wirklich verdient haben, Ellen Johnson-Sirleaf, (Staatspräsidentin) und Leymah Gbowee aus Liberia, und Tawakkul Karman aus dem Jemen. Ich habe darüber für die Zeitschrift „Friedensforum“ einen kleinen Beitrag geschrieben, den ihr auf unserer Website finden könnt (siehe <http://www.wilpf.de/aktuelles/flugblaetter-presseartikel/nobels-dynamitpreis-fuer-dynamische-frauen.html> oder in der Anlage 2).

Am 3. Dezember demonstrierte eine kleine Anzahl von IFFF-Frauen in Bonn und München gegen den Krieg in Afghanistan anlässlich der Petersberg-Konferenz. Die afghanische Parlamentarierin Malalai Joya zählte in ihrer Rede die Probleme auf, die die Besetzung Afghanistans gebracht ha-



be, die Situation der Frauen z. B. werde von Tag zu Tag schlechter, die Zahl der Vergewaltigungen, Kidnappings, Tötungen, Selbstverbrennungen, Säureangriffe und häusliche Gewalt würden stark ansteigen, laut Unifem sei Afghanistan das gefährlichste Land für Frauen. Sie betonte: „Ich glaube, die einzige Lösung für Afghanistan ist der Truppenabzug, denn deren Präsenz macht unseren Kampf für Gerechtigkeit viel härter, weil dadurch reaktionäre, brutale und bösartige Kräfte Macht erhalten, die große Hindernisse für die wahre Demokratie herstellen.“ Sie glaube nicht daran, dass dadurch das Land in die Hände der Taliban fallen könnte, weil der Freiheitswille ihres Volkes dies nicht zulassen werde. Eine ausführliche Dokumentation der Protestaktionen und Friedenskonferenz findet ihr unter [www.afghanistanprotest.de](http://www.afghanistanprotest.de).

Eine Erklärung des United Nations Environment Programme UNEP vom 6. 12. 2011 führt aus, dass Frauen durch den Klimawandel unverhältnismäßig hohen Gesundheits- und Existenzrisiken ausgesetzt seien, von 1999 bis 2008 seien von Überschwemmungen fast eine Milliarde Menschen in Asien betroffen gewesen, 28 Millionen in Nord- und Südamerika, 22 Millionen in Afrika und vier Millionen in Europa.

Ohne Aussprache wurde am 7. 12. der deutsche Rüstungsexportbericht von der deutschen Bundesregierung verabschiedet. Der Exportumsatz der deutschen Rüstungskonzerne stieg mit 2,1 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr um mehr als die Hälfte. "Die geheimen Entscheidungen im Bundessicherheitsrat über Rüstungsexporte sowie der späte Veröffentlichungszeitpunkt erwecken den Eindruck, dass die Bundesregierung eine öffentliche Debatte über ihre Kriegsgeschäfte vermeiden will", erklärte der IPPNW-Vorsitzende Matthias Jochheim und verurteilte insbesondere den hohen Genehmigungswert für den Export von Kleinwaffen und ihrer Munition in sogenannte "Drittländer", der Anteil der Entwicklungsländer hieran hat sich von 4,5 % auf 11 % mehr als verdoppelt. Ich habe im letzten Rundbrief ausgeführt, welche negativen Auswirkungen der Besitz von Kleinwaffen hat, und zwar besonders für Frauen. Kleinwaffen fordern weltweit den größten Teil der Todesopfer in Kriegen und Bürgerkriegen. Auf der Lieferliste stehen auch die verfeindeten Atomwaffenstaaten Indien (Einzelgenehmigung von Rüstungsgütern im Wert von 96,8 Millionen Euro) und Pakistan (Einzelgenehmigung im Wert von 96,6 Millionen Euro). Die Waffenlieferungen an den undemokratischen Staat Saudi-Arabien, der zudem in einem Krisengebiet liegt, rechtfertigte ein Sprecher des Außenministeriums: „Saudi-Arabien ist ein wichtiger Partner Deutschlands, politisch und wirtschaftlich“ (TAZ, 7. 12. 2011). Die „Aktion Aufschrei- Stoppt den Waffenhandel“, an der wir uns beteiligen, veröffentlichte dazu bereits am 28. 11. eine Pressemitteilung. ([www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)).

Einige von euch werde ich hoffentlich am 28. Dezember in München zum Austausch mit Barbara Lochbihler treffen, anlässlich der Sicherheitskonferenz in München beschäftigen wir uns am 27./28. Januar unter dem Titel "Macht-Arabien-Demokratie?" mit den Wandlungsprozessen in Syrien und Ägypten, mehr dazu unter [www.petra-kelly-stiftung.de](http://www.petra-kelly-stiftung.de), eine Woche später möchte ich mit hoffentlich vielen von euch gegen die Sicherheitskonferenz demonstrieren. Der nächste Höhepunkt ist dann die Jahresversammlung, ich freue mich schon auf eure Ideen und fruchtbares Wochenende in Berlin.(24. – 26. Februar)

Ich wünsche Friede auf Erden und mehr Gerechtigkeit,  
euch schöne Feiertage, eine (be)sinnliche Zeit zwischen den Jahren und ein glückliches Jahr 2012.

Eure Irmgard Hofer  
[hofer@wilpf.de](mailto:hofer@wilpf.de)

WILPF/IFFF c/o Irmgard Hofer, St. Michaelsweg 2a, 86476 Neuburg, Tel.: 08283 - 92927  
Bankverbindung: Postbank Hamburg 413 58 - 203 BLZ 200 100 20  
- Spenden sind steuerlich abzugsfähig -  
E-Mail: [hofer@wilpf.de](mailto:hofer@wilpf.de) Webseite: [www.wilpf.de](http://www.wilpf.de)



Die neue Kampagne „atomwaffenfrei jetzt“, an der wir uns beteiligen, gibt bekannt:

**atomwaffenfrei.  
jetzt**

- ▮ **Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen - weltweit**
- ▮ **Keine Modernisierung von Atomwaffen**
- ▮ **Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland**

**Die neue Kampagne zur weltweiten Ächtung aller Atomwaffen wagt den großen Wurf**

Der Iran-Konflikt schwelt weiter, das Raketenabwehrsystem entzweit die NATO und Russland, die USA planen die Modernisierung der in Europa gelagerten Atomwaffen. So kurz vor Weihnachten wird allein mit diesen drei Themen deutlich, wie notwendig es ist, die neue Kampagne "atomwaffenfrei.jetzt" zur weltweiten Ächtung aller Atomwaffen, zur Verhinderung der Modernisierung von Atomwaffen und der Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zum Abzug der Atomwaffen aus Deutschland mit Nachdruck anzugehen.

Wir wissen uns in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Menschen - hier in Deutschland und weltweit. Dabei fühlen wir uns verbunden mit vielen Gleichgesinnten. Mit der neuen Kampagne wagen wir daher den großen Wurf und wollen viele Menschen davon überzeugen, sich mit uns zu engagieren - Sie und Euch - Mayors for Peace, GewerkschafterInnen, Engagierte der Initiative "Zukunft ohne Atomwaffen", Träger der Bildungsarbeit, gewaltfreie AktivistInnen, Friedensgruppen, Prominente aus Kunst, Kultus und Sport, Ärztinnen und Ärzte, Anwältinnen und Anwälte sowie viele andere mehr.

Als ersten Höhepunkt der im März 2012 startenden Kampagne lenken wir den Fokus mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen auf den nächsten NATO-Gipfel in Chicago am 20./21. Mai 2012, auf dem die neue Atomwaffendoktrin beschlossen werden soll.

Im Mittelpunkt stehen:

- die Tagung "Friedenskultur 2012" am 12. Mai in Essen.
- die internationale Fahrradaktion: "Atomwaffen abrüsten statt modernisieren" vom 17. Mai bis 4. Juni mit Sternfahrt und Aktion an der US-Atomwaffeneinsatzzentrale EUCOM bei Stuttgart, einer Staffette von Stuttgart zum Atomwaffenstandort nach Büchel und einer Drei-Standorte-Tour von Büchel zur NATO nach Brüssel. Für Samstag, den 19. Mai um 13:00 Uhr wird am EUCOM eine Kundgebung geplant. Wir suchen Menschen, die von Ihrem Heimatort für die Sternfahrt eine Radtour zu der Kundgebung planen und wir suchen jede Menge Mitradler.

Weitere Informationen: <http://www.atomwaffenfrei.de/>

**Nina Althoff, [althoff@wilpf.de](mailto:althoff@wilpf.de), Geschäftsstelle der IFFF/ Deutsche Sektion:**

**Liebe Ligafrauen, liebe Interessierte,**

eine der von Irmgard bereits angesprochenen Friedensnobelpreisträgerinnen Leymah Gbowee ist eine Hauptperson in dem preisgekrönten Dokumentarfilm „**Pray the devil back to hell**“ von 2008, den wir im Rahmen des Bündnis 1325, organisiert durch terre des femmes, in einem Kreuzberger Kino gezeigt haben. Wer Gelegenheit bekommt sich den Film anzuschauen, sollte diese unbedingt nutzen. Die 2008 entstandene Dokumentation zeigt die Geschichte mutiger Friedensfrauen in Liberia, die sich zusammenfanden, um den blutigen Bürgerkrieg in dem westafrikanischen Land zu beenden. Ihr Protest vor dem Präsidentenpalast in Monrovia gab einen entscheidenden Impuls zur Beendigung des Bürgerkriegs im Jahr 2003 und führte schließlich zur Wahl von Ellen Johnson Sirleaf, der ersten demokratisch legitimierten Präsidentin Afrikas. Weitere Informationen zum Film:



[www.praythedevilbacktohell.com](http://www.praythedevilbacktohell.com). Weitere Informationen zum Bündnis 1325 und insbesondere zum Frauensicherheitsrat (FSR) findet Ihr unten in dem FSR-Jahresnewsletter in der Anlage 3.

Der Termin der Filmvorführung fiel in die **16days of Activism Campaign 2011 „From Peace in the Home to Peace in the World: Let's Challenge Militarism and End Violence Against Women!“**, an der sich WILPF International und zahlreiche WILPF-Sektionen wieder beteiligt haben. Maria Butler, PeaceWomen Direktorin, WILPF UN Office erklärte am letzten Tag der Kampagne, dem internationalen Tag der Menschenrechte 10.12.2011: *“WILPF's participation in this year's campaign was very powerful. From Kinshasa to Geneva to Bogotá, WILPF sections successfully organized and participated in a variety of inspiring and strategic activities, all united to challenge militarism and violence against women at home and during conflict.”*. Weitere Informationen unter: [http://www.peacewomen.org/publications\\_initiative\\_document.php?id=59](http://www.peacewomen.org/publications_initiative_document.php?id=59)

Am gleichen Tag hat das Forum Menschenrechte, der Zusammenschluss von 50 Nicht-Regierungsorganisationen, die sich für die Achtung der Menschenrechte in Deutschland und weltweit einsetzen und dem wir angehören, eine **Halbzeitbilanz zur Menschenrechtspolitik der Bundesregierung** mit dem Ergebnis veröffentlicht, dass die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung weder transparent noch glaubhaft ist. Das Forum Menschenrechte erwartet von der Bundesregierung, dass sie die Menschenrechte entsprechend ihrer Zusage im Koalitionsvertrag als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen durchsetzt. Der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung mangle es an Kohärenz sowie an Transparenz und Glaubwürdigkeit. Wer weltweit für die Achtung der Menschenrechte eintrete, müsse im eigenen Haus beginnen. Daran fehle es, gerade im Bereich der Innenpolitik, aber auch in der Verflechtung von Außen- und Wirtschaftspolitik. In Bezug auf das Thema Frauen Frieden Sicherheit fordert das Forum Menschenrechte die Bundesregierung zu einem öffentlichen und transparenten Dialog mit der Zivilgesellschaft über die Umsetzung der Resolutionen 1325 ff. auf. Und fordert darüber hinaus, einen zwischen allen Ressorts und mit der Zivilgesellschaft abgestimmten Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von UN-SR-Resolution 1325 und ihren Folgeresolutionen (1820, 1888, 1889 und 1960) zu erarbeiten. Erfreulich sind Nachrichten aus dem Ausland: Die USA und Burundi haben einen Nationalen Aktionsplan 1325 verabschiedet. Vielleicht noch mal Anlass für Deutschland sich hierzu neu zu positionieren. Die vollständige Halbzeitbilanz kann unter folgendem Link abgerufen werden: [http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab\\_02\\_2011/FMR-Halbzeitbilanz-BReg-2011.pdf](http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2011/FMR-Halbzeitbilanz-BReg-2011.pdf)

Das Forum Menschenrechte hatte zuvor bereits am 6. Oktober 2011 anlässlich eines Gesprächs mit dem Außenminister Guido Westerwelle, an dem ich für die IFFF teilgenommen und zu dem wir ein Aide Memoire zum Thema Frauen Frieden und Sicherheit eingereicht hatten (siehe <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/aide-memoire-frauen-frieden-sicherheit.html>), mit einer Pressemeldung die Bundesregierung scharf kritisiert und bedauert, dass Deutschland sich im Sicherheitsrat nicht für die Themen „Frauen, Frieden, Sicherheit“ engagierte. Die mit dem Titel **„Rüstungsverkäufe an Staaten, die Menschenrechte verletzen, machen deutsche Menschenrechtspolitik unglaublich“** überschriebene Pressemeldung kritisierte insbesondere auch die Außenwirtschaftspolitik, wonach Werte Wirtschaftsinteressen geopfert werden, beispielsweise bei der Genehmigung von Rüstungsexporten in Länder, die Menschenrechte massiv verletzen. „Eine wertegebundene Politik, zu denen die Menschenrechte zählen, müsste diese als erstes Interesse anderen nicht-wertegebundenen Interessen unterordnen.“ Die vollständige Pressemeldung gibt es hier als PDF: [http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab\\_02\\_2011/111006\\_PM\\_Westerwelle-Gespraech\\_6\\_10.pdf](http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2011/111006_PM_Westerwelle-Gespraech_6_10.pdf)

Aus Deutschland gibt es auch sonst wenig Erfreuliches zu berichten. Auch wenn über die Presse bekannt gegeben wurde, dass Deutschland seinen Beitrag zu UN Women um 653 0000 EUR auf 1,7 Mio EUR erhöhte, ist dieser Betrag nach wie vor, wie Ute Scheub vom Frauensicherheitsrat meinte „für die Hälfte der Bevölkerung“ viel zu wenig (zu UN Women [www.unwomen.org](http://www.unwomen.org)). Eine Umverteilung der Haushaltsmittel, wie wir sie im Rahmen der „You Get What You Pay For“-Kampagne fordern, hat sich auch bei den jüngsten Haushaltsverhandlungen nicht gezeigt. Dabei





würden die weltweiten Ausgaben für Militär ausreichen, um die Millennium Entwicklungsziele und eine geschlechtergerechte Welt zu verwirklichen. Alleine eine Kürzung der Militärausgaben genügt dabei nicht. Wichtig ist die Einführung eines Gender-Budgetings und die Umverteilung der Ressourcen in Zivile Krisenprävention, Soziale Leistungen und die Förderung der Menschenrechte. Im März planen wir hierzu eine Veranstaltung in Berlin, zu der Informationen rechtzeitig folgen. Infos zur Kampagne hier: <http://www.wilpf.de/themen/abruestung/index.html>. Die Taschen zur Kampagne könnt Ihr bestellen, siehe unten.

Auch die schockierenden Nachrichten rund um das Stichwort „Rechtsterrorismus“ in Deutschland haben im Rahmen der Haushaltsverhandlungen wenig bewirkt. Dabei wäre dies eine gute Gelegenheit und der späteste, denkbare Zeitpunkt, um endlich den Alltagsrassismus und strukturellen wie institutionellen Rassismus in Deutschland anzuerkennen und anzugehen. Stattdessen aber wurden sogar an wichtigen Stellen Gelder gekürzt, wie zum Beispiel bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), womit eine von der ADS für 2012 geplante Förderkampagne im Rahmen der „Offensive diskriminierungsfreie Gesellschaft“ in dem ursprünglich geplanten Sinne unmöglich gemacht wurde (zur ADS <http://www.antidiskriminierungsstelle.de>).

Die Bilanz zeigt, es bleibt viel zu tun. Ich freue mich weiterhin mit Euch und Frauen aus aller Welt im Rahmen der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit für ein Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit einzusetzen. Hoffentlich sehen wir uns zahlreich Ende Februar bei der Jahresvollversammlung in Berlin wieder. Weitere Informationen hierzu folgen. Soweit verbleibe ich mit herzlichen Grüßen, den besten Wünschen für besinnliche und schöne Feiertage und einem guten Rutsch ins neue Jahr

Eure Nina Althoff ([althoff@wilpf.de](mailto:althoff@wilpf.de))

Wer noch kurzfristig ein kleines Weihnachtsgeschenk benötigt, könnte unsere **Taschen der Kampagne *You Get What You Pay For*** verschenken. Diese können gegen eine Spende von mindestens 2 EUR zuzüglich Versandgebühren (steuerlich absetzbar) bei mir bestellt werden: [althoff@wilpf.de](mailto:althoff@wilpf.de).

Überweisungen bitte mit Namen und dem Stichwort der Kampagne an: Postbank Hamburg, IFFF-Deutsche Sektion, Konto 413 58-203, BLZ 20010020.

Baumwolltasche Classic, Natur, mit zwei langen Henkeln, schwere Qualität >>>>>



### ***Bericht zum Europäischen Treffen in Rom am 29./30. Oktober 2011***

Von Heidi Meinzolt



Es war ein effektives, konstruktives und inspirierendes Treffen: Der Ort und die lebendige Atmosphäre in der "Casa internazionale delle donne"/Internationales Frauenzentrum in Trastevere in Rom: ein ehemaliges Kloster und später Haftanstalt für "gefallene Mädchen und Frauen" wird seit 20 Jahren von Frauen verwaltet und mit seinen Veranstaltungsräumen, seiner Frauengaststätte, einem Laden, einer Bibliothek, einem Hostel und dem herrlichen Innenhof zu einem außerordentlichen Treffpunkt für kulturelle und politische Veranstaltungen geworden.



Die Gastfreundschaft und Freundschaft der italienischen Sektion was Spitze – und die Kommunikation für die meisten ein gelungenes sprachliches und interkulturelles Abenteuer!

Antonia, Patrizia, Anita, Ada und waren glücklich, den internationalen Anschluss wieder gefunden zu haben und wir anderen Europäerinnen (aus Deutschland, Holland, Schweden, Dänemark, Albanien) waren beeindruckt von ihrer Präsenz in der "Casa", ihrer Expertise insbesondere im Bereich Bildung (Antonia), Ernährung (Anita) durch die Vertretung bei der FAO und den zivilgesellschaftlichen Gruppen in deren Dunstkreis und im Bereich Migration/Flüchtlingsarbeit (Patrizia) mit weit reichenden Kontakten in der Wissenschaft, UNHCR, Flüchtlingsorganisationen.

Tatjana Kurtiqi von der albanischen Sektion erzählte über die schwierige und instabile (wirtschaftliche) Situation in ihrem Land, den ständigen Kampf gegen Korruption, häusliche Gewalt, und ihr Engagement für Abrüstung und Friedenserziehung. Die Sektion leidet besonders darunter, dass zahlreiche junge Frauen, die Wilpf gefördert hat, inzwischen emigriert sind und die Hauptlast auf ganz wenigen Schultern liegt.



Das Treffen hat sich ganz auf zwei Schwerpunkte konzentriert, für die die italienische Sektion steht und die die Frauen- und Friedenspolitik von WILPF international unter einem ganz spezifischen Blickwinkel betrachtet. So wurde heftig diskutiert, neue Perspektiven und Netzwerke angebahnt (z.B. mit der Arbeitsgruppe food security/sovereignty, die in Costa Rica beschlossen wurde); wir besprachen auch Impulse für einen europäischen Ansatz zur Migrationspolitik der Liga, die in der von der deutschen Sektion in Costa Rica eingebrachten Resolution gekürzt wurde. Alle Anregungen – auch zur weiteren Zusammenarbeit europäischer Sektionen - wurden im Anschluss an das Treffen in den internationalen WILPF-Diskurs eingespeist. Es gab ein paar individuelle Antworten, die unsere Initiativen sehr begrüßt haben, aber keine offizielle Reaktion von Vorstand oder Genf, und auch keine Reaktion anderer europäischer Sektionen zu doch recht konkreten Vorstellungen. Wie geht's weiter? Wir haben potentielle Treffen angeregt und werden dran bleiben.





## **Annex 1 - WILPF sollte auf internationaler Ebene politische Initiativen zur Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität ergreifen auch im Sinne eines neuen strategischen Ansatzes zu Gender und Frieden.**

### **Warum:**

- Wilpf geht es um eine Genderperspektive im Bezug zu Menschenrechtsmechanismen. Das Recht auf Nahrung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Ernährungssouveränität hingegen bedeutet Recht auf gesunde, ausreichende, nahrhafte und kulturell geprägte Ernährung. Frauen sind überproportional in der Produktion und dem Verbrauch von Nahrungsmitteln vertreten im Sinne einer Gemeinwohlökonomie.
- Ein Schwerpunkt von Wilpf ist "Friedenspolitik". Ernährungsunsicherheit ist eine Bedrohung der (menschlichen) Sicherheit und oft ein Grund für Kriege und Gewalt, Zwangsmigration. Ernährungssicherheit ist somit Konfliktprävention.
- Ein Schwerpunkt von Wilpf ist "wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit". Als Nahrungsproduzentinnen (Mehrheit der Kleinbäuerinnen, Fischerinnen, Landarbeiterinnen, Hirtinnen, Urbevölkerung) sind Frauen oft benachteiligt und diskriminiert auf den Märkten und bei Landrechten.
- Ein Schwerpunkt von Wilpf ist "Umwelt": Frauen ernähren ihre Familien und die Nachbarschaft und geben Wissen und kulturelle Traditionen an zukünftige Generationen weiter; sie sind insbesondere betroffen vom Klimawandel und Ressourcenmangel; sie brauchen nachhaltige Entwicklung und Klimagerechtigkeit.

Dazu gibt es einen ganzen Katalog von strategischen Ansätzen, die von Eigentums- und Erbrechten über Mikrokredite, ökologische Produktion, lokale, dezentrale, demokratische Initiativen und Marktstrukturen reichen, die insbesondere auch indigene Frauen und Migrantinnen fördern. Dazu gehören auch Aktionen gegen Landgrabbing/ Enteignungen, Erhaltung der Biodiversität und gegen die Herausnahme von Nahrungsmittelproduktion zugunsten von nachwachsenden Rohstoffen.

## **Annex 2 – zur Weiterentwicklung auf einem neuen WILPF-EU-Treffen im Frühjahr**

### **Tatsachen:**

- Europa steht offiziell für eine Zone von "Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit" und bringt immer wieder seine Geschichte und seinen Humanismus ins Spiel. Gleichzeitig schämen sich Politiker nicht, Flüchtlingsstöße als "menschlichen Tsunami" zu bezeichnen und konterkarieren die universelle Gültigkeit dieser Werte.
- WILPF verfolgt begeistert die Entwicklungen des "Arabischen Frühlings", den Wunsch einer neuen Zivilgesellschaft mit sichtbar vielen Frauen, nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Seit Beginn der Revolutionen und der Gewalttaten gegen die Bevölkerung in Libyen sind hunderttausende neu auf der Flucht, in Nachbarländer aber auch über das Mittelmeer. Die Katastrophenbilder von den Lagern Lampedusa und der griechischen Grenze werden populistisch ausgeschlachtet. Der "Massenexodus" von Flüchtlingen und MigrantInnen bedient niedrigste Instinkte, Rassismus und legitimiert Militarisierung.
- Seit jeher – und vor allem auf Grund wirtschaftlichen und politischen Desasters – fliehen Menschen über das Mittelmeer vor Gewalt, Elend und dem Mangel an legaler Immigration. Viele (Frauen und Kinder) mussten ihr Leben lassen.
- Dazu kommen immer mehr Umweltflüchtlinge, die das Asylrecht immer noch nicht anerkennt und die als illegale Immigranten zählen.





- In der Verletzung der Genfer Konvention, der europäischen Menschenrechtskonvention, der Grundrechtscharta der EU und nationaler Verfassungen schließt die EU ihre Grenzen gegenüber Flüchtlingen aus Nordafrika; die EU-Staaten legen Gesetze willkürlichen aus.
- Die "Grenzschutzorganisation" Frontex baut mit enormen Summen die Flüchtlingsabwehr militärisch aus gegen die Armen der Welt unter dem zynischen Slogan "wir sorgen für Sicherheit".
- Frauen leiden am meisten, denn sie sind mehrfach betroffen durch sexuelle Gewalt und Fehlen grundlegender (Gesundheits-)Versorgung auch in den Flüchtlingszentren.

### WILPF Strategien (Auszug):

1. Unterstützung der internationalen Kampagne "für ein Europa der Humanität und Solidarität" und für weit reichende Menschenrechtsstandards.
2. Hinweis auf die Bedeutung der Leistung von Migrantinnen zur Entwicklung ihrer Heimatländer.
3. Aufforderung der EU-Staaten das Asylrecht im Hinblick auf die Mobilitätsfreiheit zu verändern und echte Perspektiven für MigrantInnen zu eröffnen.
4. Neue Nachbarschaftspolitik.
5. Auflösung von Frontex und Umwandlung in eine Entwicklungsagentur.
6. Grundbedürfnisse von Flüchtlingen und Migrantinnen garantieren – Schutz vor Gewalt.
7. Integrationsstrategien erarbeiten und finanzieren.
8. Förderung von Netzwerken und zivilgesellschaftlichem Engagement.
9. Förderung von Austausch- und Bildungsprogrammen, die 50% Frauen einbeziehen.
10. Umsetzung von Resolution 1325.
11. Stop Waffenhandel und Frauenhandel.

### Annex 3 - Einige Empfehlungen (Auszug)

1. **EuropeanWomen'slobby:** Martha J. Baker soll weiterhin WILPF im Vorstand vertreten bis zu Umstrukturierung der Lobby. Alle begrüßen als ihre Vertretung Nina Althoff.
2. **Europäisches Konto:** Inge Stemmler, als Koordinatorin des Finanzkomitees klärt die Handhabung eines europäischen Kontos. Das auf internationalen Beschluss in Deutschland eröffnete Konto durch Kiki soll bedient werden.
3. **März-Seminar in Genf mit europäischem Treffen**
4. **Bruxelles- Europäisches Treffen**
5. **Europäische Koordination:** Heidi macht weiter 2012.

**Hinweis: Informationsblatt des BSV zum dem Thema "Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden" erschienen:**



Männer machen spezifische Erfahrungen in Krieg und bewaffneten Konflikten. Frauen auch. Das Gleiche gilt für Friedens- und Übergangszeiten. Wird der Blick auf die Geschlechterverhältnisse versäumt, so können Strukturen, die zur Eskalation der Gewalt beitragen, unberücksichtigt und als konfliktverschärfende Faktoren bestehen bleiben. Kostenloses Infoblatt des BSV, 2 Seiten, Dezember 2011.

Abrufbar unter: <http://www.soziale-verteidigung.de>





## Terminhinweise

### MÜNCHEN

**Ligatreffen mit Barbara Lochbihler** (MEP/Grünen) am Mittwoch, dem 28.12.11, von 16.00 - 19.00 Uhr, in der Galerie Pich, Bodenseestr. 14, München Pasing (Nähe Bahnhof Pasing). Barbara Lochbihler wird über ihre **Beobachtungen zum "arabischen Frühling"** berichten. Anmeldungen bitte bei Brigitte Obermayer: [obermayer@wilpf.de](mailto:obermayer@wilpf.de) oder Tel.: 089/93 23 92.

Fachtagung **Macht – Arabien – Demokratie? Wandlungsprozesse in Syrien und Ägypten** am **27./28. Januar 2012**, in der Ludwig-Maximilians-Universität München: Freitag, 19 Uhr Vortrag von Prof. Sadiq al-Azm "Arabellion – Syria and the Arab spring", der Vortrag findet in englischer Sprache statt. Samstag 10:30 bis 17:30 Uhr Studientag. Freitag unentgeltlich, Samstag 10,-/ 5,- EUR inklusive Imbiss. Das vollständige Programm und weitere Informationen unten folgendem Link: <http://www.wilpf.de/cms/upload/Macht-Arabien-Demokratie.pdf>.

### BERLIN

Das nächste **Treffen des Bündnis 1325** findet statt am **18. Januar 2012, 17 bis 19 Uhr**, bei Terre des Femmes, Brunnenstr. 128, 13355 Berlin, 5. Stock.

Die **Jahresvollversammlung der IFFF 2012** findet statt vom **24. bis 26. Februar 2012**, in den Räumlichkeiten des Vereins FrauSuchtZukunft, Dircksenstraße 47, 10178 Berlin-Mitte. Weitere Informationen folgen.

**Uraufführung des Filmes „Peace&You&aVideo“, am 20.12.11 um 18 Uhr im Kino Tilsiter-Lichtspiele in Friedrichshain.**

Der Eintritt ist frei: Peace&You&aVideo ist ein Filmprojekt, das versucht, verschiedene Aspekte der Thematiken Frieden und Krieg zu beleuchten. Durch Interviews wie z.B. mit einem ehemaligen Soldaten der KSK (Kommando Spezialkräfte), Flüchtlingen aus dem Irak, Libanon, Kurdistan und Palästina, Demonstranten und Journalisten wird ein umfangreiches Bild gezeichnet und gezeigt, dass es bei den Konflikten der Welt nicht nur eine Sichtweise geben kann.

Zusätzlich versuchen auch die jugendlichen ProjektteilnehmerInnen vor der Kamera die Frage zu beantworten, was bedeutet Frieden überhaupt für mich? Wie kann Frieden erreicht und gewahrt werden? Es geht dabei nicht darum, vollständige Antworten zu liefern, sondern eher Anregungen zu geben dafür, wie Jede und Jeder etwas zur Friedensschaffung beitragen kann.

Organisiert durch den Bund für Soziale Verteidigung ([www.soziale-verteidigung.de](http://www.soziale-verteidigung.de)), gefördert durch „Aktion Mensch“ und produziert durch Medienprojekt Berlin ([www.medienprojekt-berlin.de](http://www.medienprojekt-berlin.de)), wurde jungen Erwachsenen die Möglichkeit geboten, sich während des Videoworkshops einen Monat lang mit komplexen Fragestellungen zu beschäftigen und persönliche Antworten für diese zu finden.. <http://www.soziale-verteidigung.de/news/meldungen/urauffuehrung-des-filmes-peaceyouavideo/>



**Aktuelle Hinweise zu Veranstaltungen in München und Berlin** sind auch auf der IFFF-Webseite unter der Rubrik **AKTUELLES** nachzulesen: [www.wilpf.de](http://www.wilpf.de). Bei Nachfragen stehen Brigitte Obermayer in München ([obermayer@wilpf.de](mailto:obermayer@wilpf.de)) oder Nina Althoff in Berlin ([althoff@wilpf.de](mailto:althoff@wilpf.de)) zur Verfügung.

### BUNDESWEIT

Die nächste **Jahrestagung vom Bund für Soziale Verteidigung** wird zum Thema **Gender und Frieden** stattfinden. Ort und weitere Informationen folgen. Der Termin – **16. bis 17. März 2011** – kann schon vermerkt werden. <http://www.soziale-verteidigung.de/startseite>



Bundesweite Veranstaltungstermine der **Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel** unter:  
<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltungstermine.69.0.html>.



#### **Radio Lora auf der 92,4**

IFFF auf Radio Lora wieder am Montag, den 6. Februar 2012, 20 bis 21 Uhr. Ansonsten alle zwei Monate am ersten Montag, jeweils von 20 bis 21 Uhr: 2.04.2012, 4.06.2012 etc. Zuhören geht auch über das Internet: [www.lora924.de](http://www.lora924.de).

#### **Umstellung beim Rundbriefversand:**

Der Rundbrief soll in Zukunft direkt über die Wilpf-Website versendet werden. Damit wir alle bisherigen Empfängerinnen und Empfänger auch künftig erreichen, bitten wir darum, dass sich jede und jeder über die Wilpf-Website für den Rundbrief anmelden, falls Ihr das noch nicht getan habt. Dazu gebt Ihr Euren Namen und Eure Adresse ein und wählt bitte den Empfang des HTML-Newsletters aus, da nur mit diesem Format Verlinkungen, Bilder u.ä.m. versendet werden können.

Nach dem Eintrag versendet das System eine E-Mail mit einem Bestätigungslink, den Ihr bitte noch mal anklicken müsst. Erst nach der Bestätigung ist Eure E-Mail Adresse aktiviert. Manchmal werden solche Bestätigungsmails auch als Spam eingeordnet. Falls Ihr keine Bestätigungsmail erhaltet, überprüft bitte den Spamordner oder setzt Euch direkt mit uns in Verbindung.

Zur Rundbrief-Anmeldung: <http://www.wilpf.de/rundbrief-anmeldung/index.html>. Danke sehr!

#### **Anlage 1: Jahresnewsletter Frauensicherheitsrat vom Dezember 2011**

Liebe Mitglieder des Bündnis 1325, liebe Freundinnen und Freunde des Frauensicherheitsrates,

wie immer hat sich der Frauensicherheitsrat zum Jahresende getroffen, um Bilanz unserer Aktivitäten zu ziehen und die für nächstes Jahr zu planen. Dieses Jahr fand nicht ganz so viel statt wie im vergangenen Jahr, als in vielen nationalen und internationalen Events an den 10. Jahrestag der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und ihre bisher sehr klägliche Umsetzung erinnert wurde.

In Europa haben inzwischen rund zwei Drittel aller EU-Staaten einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Sicherheitsrats-Resolution aufgelegt. Deutschlands schwarzgelbe Regierung ist bekanntlich weiterhin nicht dabei – und zeigt keinerlei Interesse an diesem Thema. Auch ein rot-rot-grüner Antrag für einen Aktionsplan im Bundestag scheiterte. Einzelheiten zu all diesen Themen finden Sie weiter unten.

Deshalb ist es wichtig, mit dem Druck nicht nachzulassen und gleichzeitig schon jetzt an die Bundestagswahlen 2013 zu denken. Wenn das Thema politisch eine Rolle spielen soll, dann muss es in die Wahlprogramme der Parteien und später in den Koalitionsvertrag.

Anbei unser Rückblick mit einigen hoffentlich nützlichen Links.

Wir wünschen wundervolle Feiertage und ein erfolgreiches neues Jahr!

Ihr Frauensicherheitsrat: Nina Althoff, Johanna Bussemer, Gitti Hentschel, Heidi Meinzolt, Jill Scherneck, Ute Scheub.



### 1) Anhörung des Deutschen Frauenrates:

Am **25. Januar 2011** hat der Deutsche Frauenrat zusammen mit Pax Christi eine Anhörung über sein Positionspapier zu Resolution 1325 organisiert, zu der auch eine Vertreterin des Frauensicherheitsrats und weitere Expertinnen geladen waren. Hier der Link zu dem Papier, das Vertreterinnen des Frauenrats und von Pax Christi später im Jahr auch mit einigen Bundeswehrangehörigen diskutierte:

[http://www.frauenrat.de/fileadmin/user\\_upload/infopool/beschluesse/101109\\_Positionspapier\\_Frieden.pdf](http://www.frauenrat.de/fileadmin/user_upload/infopool/beschluesse/101109_Positionspapier_Frieden.pdf)

Eine Dokumentation der gesamten Veranstaltung sowie Statements von Ute Scheub (Frauensicherheitsrat), Julia Gross (Auswärtiges Amt), Monika Hauser (medica mondiale) und Frauke Seidensticker (Politikberaterin) finden sich unter folgendem Link:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/informationen/informationdetail/article/dokumentation-die-drei-p-fuer-frieden-und-sicherheit-praevention-protektion-partzipation.html>

### 2) Aktivitäten des Bündnis 1325:

Das Bündnis 1325 hat sich im Jahr 2011 mehrfach getroffen, unter anderem zur Diskussion des „**Eckpunktepapiers**“ für einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution. Dieses vom Frauensicherheitsrat entworfene „Eckpunktepapier“ hatte Ute Scheub bereits auf der oben genannten Anhörung im Januar vorgetragen; mit einigen kleinen Änderungen wurde es dann als offizielles Papier des Bündnis 1325 verabschiedet. Es kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:

<http://www.frauensicherheitsrat.de/data/eckpunkte-2011.pdf>

Das Eckpunktepapier des Bündnis 1325 wurde auch an die Bundesregierung und das Auswärtige Amt verschickt. Bisher gab es dazu keinerlei Reaktionen.

Ein weiterer Diskussionspunkt im Bündnis war die Strategiediskussion. Ein Antrag des Bündnis bei der Bewegungstiftung, eine Campaignerin für eine Online-Petitionskampagne zu bezahlen, scheiterte an deren „Kampagnen“-Kriterien. Begründung: Das Thema sei zweifellos wichtig, aber der Antrag sei zu einseitig parlamentarisch gedacht, es fehlten die nötigen begleitenden außerparlamentarischen Aktivitäten, zudem sei das Thema ja schon im Bundestag behandelt worden und eine Online-Petition daran gemessen eher ein Rückschritt.

Selbstkritisch räumte das Bündnis 1325 in einer weiteren Sitzung ein, dass diese Kritik ihre Berechtigung habe. Man einigte sich darauf, stattdessen eine breite außerparlamentarische Kampagne zu den verschiedenen Aspekten von Resolution 1325 zu organisieren, die von jedem Mitglied im Bündnis im Rahmen seiner Möglichkeiten getragen werden sollte. Zwei weitere Sitzungen des Bündnis scheiterten jedoch an Terminproblemen. Die neu vereinbarte nächste Sitzung findet am **18. Januar 2012 von 17 bis 19 Uhr** in den Räumen von terre des femmes statt, Brunnenstr. 128, 5. Stock, Berlin-Mitte.

### 3) Aktivitäten im Bundestag:

Zum Jahreswechsel 2010/ 2011 sah es eigentlich danach aus, als würde nun auch die CDU einen Nationalen Aktionsplan (NAP) wollen.

Erstens hatte die Frauenunion innerhalb der CDU einen Beschluss verabschiedet, in dem sie einen solchen NAP forderte. Zweitens hatte es im Dezember 2010 eine Anhörung im Bundestags-Unterausschuss für zivile Krisenprävention zum Thema 1325 gegeben. Heidi Meinzolt, Mitglied des Frauensicherheitsrats und der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) hatte dort ebenfalls ein Statement abgegeben: <http://www.un1325.de/inf-anhoerung-meinzolt.html>

Einem SPD-Antrag zur Institutionalisierung eines NAP stimmte im Unterausschuss damals überraschenderweise auch die CDU zu. Doch später wurde diese Zustimmung auf Intervention der CDU-Spitze wieder zurückgezogen – auf wessen Initiative genau, entzieht sich leider unserer Kenntnis. Stattdessen einigten sich dann die drei Oppositionsparteien Anfang 2011 auf einem **gemeinsamen Antrag – dem ersten rot-rot-grünen überhaupt**. Sie können ihn unter folgendem Link nachlesen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/050/1705044.pdf>



Dieser gemeinsame Antrag von SPD, Linksfraktion und Bündnisgrünen wurde im **April 2011** im Bundestag behandelt und von der schwarzgelben Mehrheit abgeschmettert. Das Bündnis 1325 kritisierte diese Entscheidung mit einer gemeinsamen Erklärung:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/informationen/informationdetail/back/114/article/bundesregierung-lehnt-nationalen-aktionsplan-zur-un-resolution-1325-erneut-ab.html>

Damit war die vorläufig letzte Möglichkeit fehlgeschlagen, die Regierung mit einem Bundestagsbeschluss unter Handlungsdruck zu setzen.

Weitere informelle Gespräche zwischen Regierungsvertretern und Mitgliedern des Frauensicherheitsrats verstärkten bei uns im Laufe des Jahres 2011 den Eindruck, dass Resolution 1325 innerhalb der Regierung ein „Nicht-Thema“ ist.

#### **4) Fachgespräche im Gunda-Werner-Institut:**

In Kooperation mit medica mondiale und dem Frauensicherheitsrat und in Fortsetzung der Themen auf der internationalen Konferenz zum 10. Jahrestag von Resolution 1325 organisierte das Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung am **18. Mai 2011** ein Fachgespräch zum Thema **Militarisierte Männlichkeit**. Das Fachgespräch unter internationaler Beteiligung, u.a. von schwarzen und weißen Männern aus Südafrika und Uganda, wurde von allen Seiten als Erfolg angesehen.

Eine Dokumentation ist unter folgendem Link abrufbar:

<http://www.gwi-boell.de/web/gewalt-konflikt-maennlichkeit-konflikte-strategien-handlungskonzepte-gegenentwurfe-3519.html>

Ein weiteres Fachgespräch fand am **3. November 2011** zum Thema **Transitional Justice statt**.

Auch dieses Gespräch wurde anschließend von den Teilnehmenden sehr gelobt. Weiteres unter:

<http://www.gwi-boell.de/web/gewalt-konflikt-transitional-justice-ein-weg-gegen-sexualisierte-kriegsgewalt-fachgespraech-4125.html>

#### **5) Weitere Aktivitäten auf zivilgesellschaftlicher Ebene:**

Aide Memoire der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) und dem Deutschen Frauenrat im Rahmen des Forum Menschenrechte anlässlich des Gesprächs mit Außenminister Westerwelle: <http://www.forum-menschenrech->

[te.de/cms/upload/PDF/aide\\_memoires2011/Frauen%20Frieden%20Sicherheit.%20wilpf.pdf](http://www.wilpf.de/cms/upload/PDF/aide_memoires2011/Frauen%20Frieden%20Sicherheit.%20wilpf.pdf)

und die Pressemitteilung des Forum Menschenrechte hierzu: <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/aide-memoire-frauen-frieden-sicherheit.html>

Sowie die Halbzeitbilanz des Forums Menschenrechte, in denen der Umgang der Bundesregierung mit den Menschenrechten im Allgemeinen und der Resolution 1325 im Besonderen kritisch gewürdigt wird:

Kurzfassung: <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/forum-menschenrechte-halbzeitbilanz.html>

Langfassung: <http://www.wilpf.de/cms/upload/FMR-Halbzeitbilanz-BReg-2011.pdf>

#### **6) Aktivitäten auf EU-Ebene:**

Im **Juni 2011** hat sich der Frauensicherheitsrat brieflich an die Bundeskanzlerin und den Außenminister gewandt und darum gebeten, sich auf EU-Ebene für eine hochrangige Vertretung zum Thema Gender, Frieden und Sicherheit einzusetzen. Solch einen „Focal Point“ hat auch die Afrikanische Union eingerichtet, und die UN-Beauftragte zum Thema sexuelle Gewalt, Margret Wallström, hat der EU dasselbe vorgeschlagen. Bisher erfolgte keine Reaktion auf unser Schreiben.

Im **Oktober 2011** trafen sich auf Initiative des European Peace Liaison Office (EPLO) Interessierte in Brüssel, um zum **11. Jahrestag der Resolution 1325 eine Bilanz** der nationalen und EU-weiten Umsetzung zu ziehen. Das entsprechende **EPLO-Papier** zeigt, dass inzwischen zwei Drittel der EU-Länder Nationale Aktionspläne aufgelegt haben – Deutschland wird bei dieser Frage immer mehr zum Außenseiter.

Das englischsprachige Papier zeigt mit den Ampelfarben grün, gelb und rot sehr anschaulich auf, wer welche Fortschritte gemacht hat und wer nicht:





[http://www.eplo.org/assets/files/2.%20Activities/Workin%20Groups/GPS/FOLLOW\\_UP\\_TO\\_10\\_POINTS\\_IN\\_10\\_YEARS\\_UNSCR\\_1325.pdf](http://www.eplo.org/assets/files/2.%20Activities/Workin%20Groups/GPS/FOLLOW_UP_TO_10_POINTS_IN_10_YEARS_UNSCR_1325.pdf)

### **7) Aktivitäten auf internationaler Ebene:**

Auf der Website [www.visionnews.net](http://www.visionnews.net) werden weiterhin auf Deutsch und Englisch gelungene Geschichten und ermutigende Best Practices zum Thema Umsetzung von Resolution 1325 in aller Welt veröffentlicht. Die Website ist in Kooperation von OWEN, Frauensicherheitsrat, 1000 FriedensFrauen Weltweit und Inter Press Service Deutschland zum 10. Jahrestag der Resolution online gegangen. Die Nachrichtenagentur IPS liefert weiterhin Texte, sodass die Homepage laufend aktualisiert wird - unter anderem mit Berichten aus der arabischen Welt. Die Website wurde inzwischen auch behutsam inhaltlich erweitert: Berichte zum Zusammenhang zwischen Klimaschutz, Umwelt und Geschlechtergerechtigkeit werden ebenfalls veröffentlicht, da es schließlich darum geht, mögliche zukünftige Ressourcenkriege auf der Welt zu vermeiden.

### **8) Ideen für 2012:**

In seiner Jahresbilanzsitzung war sich der Frauensicherheitsrat einig, dass derzeit mit dem Thema Nationaler Aktionsplan zu Resolution 1325 kein weiterer Blumentopf mehr zu gewinnen ist. Die parlamentarischen und politischen Möglichkeiten erscheinen weitgehend ausgeschöpft, solange die schwarzgelbe Regierung sich weiterhin an der Macht hält. Änderungen welcher Art auch immer sind erst mit einer neuen Bundesregierung zu erwarten.

Wir schlagen deshalb vor, sich jetzt schon Gedanken zu machen, wie man das Thema im Bundestags-Wahljahr 2013 strategisch voranbringen kann. Wenn es eine Rolle spielen soll, dann muss es in die Parteiprogramme und anschließend in den Koalitionsvertrag.

Der Frauensicherheitsrat wird dazu Anfang 2012 einige Gespräche mit Expertinnen führen und dem Bündnis 1325 Ergebnisse vorlegen, sobald es welche gibt.

### **9) Termine Anfang 2012:**

**18.1.** Nächstes Treffen des Bündnis 1325 bei terre des femmes (siehe oben)

**27./28.1.** Gegen-Veranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz, diesmal mit dem Schwerpunkt Syrien: [http://www.petrakellystiftung.de/fileadmin/user\\_upload/newsartikel/Flyer/Flyer\\_Arabien.pdf](http://www.petrakellystiftung.de/fileadmin/user_upload/newsartikel/Flyer/Flyer_Arabien.pdf)

### **10) Literaturtipp:**

Marc Engelhardt, langjähriger ARD-Korrespondent aus Afrika, hat ein schönes Buch über die drei diesjährigen Friedensnobelpreisträgerinnen geschrieben und darin auch die Rolle von Resolution 1325 gewürdigt. Hier der Link zu einer Rezension von Ute Scheub: <http://www.taz.de/Biografie-der-Nobelpreistraegerinnen-/!83601/>

## **Anlage 2: Nachruf Ruth Gleissberg (1912 – 2011) von Anne Ley-Schalles**

Mit 99 Jahren ist Ruth Gleissberg in der Nacht zum 24. September 2011 gestorben – eine Freundin und Vertraute, eine Begleiterin in allen Lebenslagen, die mit ihrer milden Bestimmtheit den rechten Weg gewiesen hat, eine Friedensaktivistin fast bis zur letzten Stunde.

1969 macht Ruth Gleissberg ihre erste Begegnung mit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF). Als Delegierte der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung nimmt sie an der Jahresversammlung der IFFF teil – und ist sofort fasziniert von den Berichten aus der Zusammenarbeit mit verschiedenen Gremien der UNO. Die inhaltlichen Schwerpunkte der IFFF, wie die Diskussionen über chemische Waffen, lassen sie nicht lange zögern – und sie beschließt, ihre politischen Aktivitäten auch in die IFFF einzubringen.

Bald übernimmt sie die Vertretung der deutschen Sektion auf internationalen Treffen der IFFF und kann so internationalen Aufgaben und Verbindungen mehr Gewicht verschaffen. Ihre Englischkenntnisse sind besonders kostbar in dieser Zeit: Mit ihren Übersetzungen macht sie vielen Mitstreiterinnen die internationalen Schriften zugänglich. Sie krönt ihre Arbeit in der IFFF, als sie in den 1970er Jahren für viele Jahre die Geschäftsführung der deutschen Sektion übernimmt.



Doch zurück zu den Anfängen: Ruth, am 4. Mai 1912 in Hannover als ältestes von zwei Kindern der Familie Eichwald geboren, macht ihre ersten politischen Schritte in Berlin, in den Reihen des radikalpazifistischen „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK)“ des Philosophen Leonard Nelson. Berlin ist ihre erste Station nach dem Abitur. Dort wird sie 1930 Mitarbeiterin im Berliner Montessori-Kindergarten, den sie jedoch wie auch alle jüdischen und halbjüdischen Kinder nach der NS-Machtübernahme verlassen muss.

Sie arbeitet fortan als Kinderfrau bei einer jüdischen Familie, mit der sie 1936 auch nach London emigriert. Nachdem sie schon ein Jahr zuvor ihre Arbeit im ISK wieder aufgenommen hatte, schließt sie sich in England den emigrierten und englischen Mitgliedern an. Für ihren Lebensunterhalt sorgt sie zunächst als Hausangestellte – ihren erlernten Beruf als Kindergärtnerin kann sie wie so viele Emigranten hier nicht ausüben. Dann wechselt sie über in das Büro eines jüdischen Emigranten-Komitees im berühmten „Bloomsbury-House“, einem alten Londoner Hotel, und betreut Flüchtlinge aus Deutschland und den okkupierten Ländern. Der Mittelpunkt ihrer Londoner Jahre – sie hat über ihre Heirat die englische Staatsbürgerschaft erlangt – ist die politische Arbeit: in der Londoner Gruppe des ISK, in der Labour Party und in der Gewerkschaft.

1946 kehrt sie nach Hannover zurück und beginnt bei der Arbeiterwohlfahrt mit dem Aufbau der Kindergartenarbeit. Sie wird Mitglied der SPD – und heiratet 1950 Gerhard Gleissberg, Chefredakteur des sozialdemokratischen „Neuer Vorwärts“. Mit dem SPD-Vorstand ziehen die Gleissbergs 1951 nach Bonn, doch bringt die Frage der Bewaffnung der jungen Bundesrepublik Deutschland unüberbrückbare Differenzen und die Distanzierung von der Partei mit sich – und so wechseln die Gleissbergs 1955 nach Hamburg, wo Ruths Mann das sozialistische Wochenmagazin „Die Andere Zeitung“ herausgibt. Mit dem Umzug wird Ruth in der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung aktiv und wird 1961 wegen ihrer Mitarbeit in der Deutschen Friedensunion aus der SPD ausgeschlossen.

Die IFFF wird letztlich ihre neue politische Heimat und bleibt es über all die Jahrzehnte hinweg. Ruth Gleissberg folgt ihren Leitmotiven von Solidarität, Gerechtigkeit und unbedingtem Pazifismus – im Politischen, aber auch ganz privat: Wer sie kannte, wusste sich immer gut bei ihr aufgehoben. Sie hat uns gelehrt, nicht aufzugeben – weder im Persönlichen noch in politischen Entwicklungen den Mut zu verlieren und die Hände in den Schoß zu legen. Sie hat uns gezeigt, den Weg erhobenen Hauptes bis ins hundertste Jahr zu gehen.



### Anlage 3: Nobels Dynamitpreis für dynamische Frauen

von Irmgard Hofer, Erstveröffentlichung in FRIEDENSForum 5/2011, Zeitschrift des Netzwerk Friedenskooperative: <http://www.friedenskooperative.de/ff.htm>

Das norwegische Nobelkomitee entschied, den Friedensnobelpreis 2011 zu vergeben an Ellen Johnson-Sirleaf, Leymah Gbowee und Tawakkul Karman für ihren gewaltfreien Kampf für die Sicherheit von Frauen und für das Recht der Frauen, voll an friedensschaffender Arbeit beteiligt zu werden. In der Begründung heißt es: „Wir können Demokratie und dauerhaften Frieden auf der Welt nicht erreichen, wenn Frauen nicht dieselben Möglichkeiten wie Männer erhalten, Entwicklungen auf allen Ebenen der Gesellschaft zu beeinflussen. Im Oktober 2000 hat der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 verabschiedet. Diese Resolution hat die Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten zum ersten Mal zu einer Sicherheitsfrage erklärt. Sie unterstreicht den Notwendigkeit, dass Frauen in gleicher Weise wie Männer an Friedensprozessen und an Friedensarbeit generell beteiligt werden.“

**Ellen Johnson-Sirleaf**, seit 2006 demokratisch gewählte Präsidentin von Liberia, werde geehrt für ihren Einsatz zur Sicherung des Friedens, zur Förderung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie zur Stärkung der Rolle von Frauen in Liberia. **Leymah Gbowee** habe Frauen über eth-



nische und religiöse Grenzen hinweg zusammengebracht um den langwierigen Bürgerkrieg zu beenden und Frauen an Wahlen in Liberia zu beteiligen. Danach habe sie daran mitgearbeitet, den Einfluss von Frauen im westlichen Afrika im und nach dem Krieg zu stärken. Unter extrem schwierigen Bedingungen habe **Tawakkul Karman** sowohl vor als auch während des 'Arabischen Frühlings' eine führende Rolle beim Kampf für die Rechte von Frauen sowie für Demokratie und Frieden im Jemen gespielt.

Das Komitee drückte die Hoffnung aus, die Vergabe des Preises an die drei Frauen könne helfen, die Unterdrückung von Frauen zu beenden, die es weiter in vielen Ländern gäbe, und das große Potenzial für Frieden und Demokratie zu erkennen, das Frauen repräsentieren können.

Zwar mussten sich auch Arafat, Perez und Scharon den Preis dritteln, doch ist mir kein männlicher Friedensnobelpreisträger bekannt, der stellvertretend für sein ganzes Geschlecht geehrt wurde. „Drei für alle“ titelte die TAZ (1) folgerichtig. Allerdings sollten sich pazifistische Friedensfrauen darüber nicht beklagen, schließlich hatten wir (2) auch die Bewegung „Peace Women Across the Globe“ (3) unterstützt, die schon 2005 tausend Frauen für den Friedensnobelpreis nominierte, um damit die Friedensarbeit von Frauen öffentlich und sichtbar zu machen. FriedensFrauenWeltweit gratuliert nun herzlich (3): „Es ist erfreulich, dass das Nobel-Komitee heute endlich den Scheinwerfer auf den zu wenig anerkannten Beitrag von Frauen bei der Beendigung von Kriegen, beim politischen Wandel und bei der Initiierung von Friedensprozessen richtet. Endlich – weil bisher erst 15 Frauen (und 83 Männer) diese Wertschätzung erfahren haben.“

Von Ban Ki Moon über die Zeitschrift Emma, Bundeskanzlerin Merkel bis zu Bischof Zollitsch wurde die Entscheidung des Komitees gelobt (4). Auch die Medien würdigen die Ehrung der drei Frauen, so Cathrin Kahlweit in der SZ: „der Nobelpreis findet seine eigentliche Funktion wieder“ (5) oder Ines Pohl in der TAZ: „was für ein wunderbares Signal aus Stockholm.“ (1) Jede der drei Frauen hätte den ganzen Preis verdient.

**Ellen Johnson-Sirleaf** fiel mir das erste Mal auf, als sie zusammen mit Elisabeth Rehn 2002 den UN-Expertinnen-Bericht „Women, War, Peace“ verfasste, der die Rolle von Frauen als Opfer von Kriegen und Akteurinnen des Friedens untersuchte. Als erste gewählte Staatspräsidentin Afrikas (2005) richtete sie eine Versöhnungskommission in Liberia ein, um den 14 Jahre dauernden, blutigen Bürgerkrieg aufzuarbeiten. Sie erließ sofort ein Gesetz gegen Vergewaltigung und sorgte für die Einbeziehung von Frauen in die Regierung und machte sich national wie international für die Umsetzung der UN-Resolutionen 1325 stark: ein Ministerium für Gender und Entwicklung wurde eingesetzt, am 8. März 2009 wurde ein Nationaler Aktionsplan zur Resolution verabschiedet, ein rein weibliches indisches Polizeibataillon bewacht im Rahmen der dortigen UN-Friedensmission die Sicherheit in der Hauptstadt Monrovia und kümmert sich um die Rekrutierung von Polizistinnen (die Rate betrug im Januar 2010: 17,3 %) und die Ausbildung von Polizeioffizierinnen. Seit 2009 gibt es eine nationale „Genderpolizei“ wie auch ein Polizeihandbuch gegen sexuelle Übergriffe für die Spezialeinheit „Frauen und Kinderschutz“. Es wurde ein Spezialgerichtshof mit 5 Richterinnen eingerichtet, um Vergewaltigungen zu ahnden. (6) Präsidentin Sirleaf hat damit vielen Staaten der Welt gezeigt, was es heißt, die UN-Resolution 1325 und die Nachfolge-resolution 1829 zur sexuellen Gewalt gegen Frauen entschlossen umzusetzen.

Johnson-Sirleaf selbst sagte am 7. 10: „Viel von der Ehre dieses Preises gehört ihr und den anderen liberianischen Frauen, die die Diktatur herausgefordert haben“ (7) und meinte damit **Leymah Gbowee**, deren Friedensaktivitäten Sirleafs Rückkehr nach Liberia erst ermöglichten. Ganz in Weiß gekleidet traf sie sich mit vielen Frauen friedlich zum Protest und forderte die Rebellen wie den Diktator Charles Taylor zur Beendigung des Krieges auf, ihre Verhandlungen sollen maßgeblich zum Friedensabkommen von Accra geführt haben. Von Ghana aus leitet sie heute das Women Peace and Security Network Africa. In einem Interview sagte sie: „Wir dürfen unseren Kindern gegenüber den Krieg nicht unter den Teppich kehren. Stattdessen müssen wir uns mit ihnen zusammensetzen und ihnen erklären, was die tatsächlichen Ursachen für den Krieg gewesen sind. Dazu gehört die ungerechte Verteilung des Reichtums, die Armut und Marginalisierung verschiedener Gruppen im Land. Nur wenn wir diese Dinge in der Zukunft abstellen, kann der Heilungspro-



zess wirklich beginnen. Das bedeutet auch: Dann sind Vergebung und Gerechtigkeit möglich.“(8)

Bei der Begründung der Auszeichnung für **Tawakkul Karman** aus Jemen versuchte das Nobelkomitee vorbeugend möglicher Kritik Wind aus den Segeln zu nehmen: Einerseits werde der arabische Frühling gewürdigt, der ohne die Frauen keinen Erfolg haben könne. Andererseits zeichne man ein Mitglied der Muslimbruderschaft aus, die im Westen als Gefahr für die Demokratie angesehen werde, es gäbe aber viele Anzeichen dafür, dass solche Gruppen Teil der Lösung sein könnten. Norwegische Toleranz wurde so gegen westliche Islamphobie gesetzt, die jemenitische Journalistin hat den Preis nicht nur unabhängig von ihrem Geschlecht, sondern auch unabhängig von ihrer Religion erhalten. Das Komitee ehrte damit auch die vielen frommen MuslimInnen, die im arabischen Frühling auf die Straße gingen. Jeden Dienstag demonstriert Tawakkul Karman in Sanaas Innenstadt gegen Präsident Salih, für Pressefreiheit und Menschenrechte, ungeachtet zahlreicher Drohungen und zweier Verhaftungen. Seit sieben Jahren hat sie den Gesichtsschleier abgelegt und tritt nun in der Öffentlichkeit nur noch mit Kopftuch auf. Sie tritt für Gewaltfreiheit ein und hofft, „dass der Jemen ein zivilisiertes und friedliches Land wird. Wir werden die Welt überraschen.“(9)

Die EU-Abgeordnete Barbara Lochbihler gratulierte in der TAZ den Preisträgerinnen: „Gleichberechtigung muss als Grundlage für jedes Bemühen um Versöhnung angesehen werden- genau diese Ziele sind in der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 festgeschrieben, die vor elf Jahren beschlossen wurde. Jahrelang hatten sich zuvor Feministinnen und andere Aktivistinnen für diese Resolution eingesetzt. Dass das Friedensnobelpreiskomitee nun Frauenrechtlerinnen prämiert, die mit ihrem Leben genau dafür stehen, ist auch eine große Anerkennung für all diejenigen, die sich zwischen Sanaa und Berlin, Monrovia und Peking, Istanbul und New York gegen sexualisierte Gewalt gegen Frauen sowie Kriegsverbrechen stark gemacht haben.“(10)

Mit der Entscheidung wird die Rolle von Frauen in Friedensprozessen gewürdigt. Alle bisherigen fünfzehn Friedensnobelpreisträgerinnen hatten sich der Gewaltfreiheit verschrieben, was frau nicht von allen bisher geehrten 86 Männern behaupten kann.

(1) TAZ. Die Tageszeitung, 8./9. 10. 2011, S. 1

(2) „wir“ heißt in diesem Fall „Frauennetzwerk Frieden FNF“, ([www.frauennetzwerk-fuer-frieden.de](http://www.frauennetzwerk-fuer-frieden.de)) ein Netzwerk deutscher Friedensfrauen und Organisationen, dem die „Internationale Frauenliga für Frieden“, deutsche Sektion ([www.wilpf.de](http://www.wilpf.de)) beigetreten ist. Beide Organisationen hatten die Nominierung 2005 öffentlich unterstützt und 2006 ein weiteres Mal beim Nobelkomitee eingereicht. Die Ausstellung „1000 Frauen für den Frieden“ kann beim Frauennetzwerk Frieden ausgeliehen werden.

(3) [www.1000peacewomen.org](http://www.1000peacewomen.org)

(4) siehe Zusammenstellung Frankfurter Rundschau, 8./9. Oktober 2011, S. 3

(5) Süddeutsche Zeitung, 8./9. 10. 2011, S. 4

(6) Zahlen von Rebecca Stubblefield, „Implementation of UN Security Council Resolution 1325 in Liberia“, aus „Lessons Learned, Reader 1325, 2010 [www.gunda-werner-institut.de](http://www.gunda-werner-institut.de)

(7) Frankfurter Rundschau, s.o., S. 3

(8) zitiert nach TAZ, 13. 10. 2011, S. 4

(9) zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 8./9. Oktober, S. 2

(10) TAZ. Die Tageszeitung, 8./9. 10.2011, S. 3. Barbara Lochbihler war zunächst Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Genf, zehn Jahre lang Geschäftsführerin von Amnesty International Deutschland und wurde 2009 für die Grünen ins Europaparlament gewählt.

Irmgard Hofer, vormals Heilberger, ist Vorsitzender der IFFF, deutsche Sektion. Drei der fünfzehn Nobelpreisträgerinnen gehörten dieser Organisation an (Alva Myrdal, Emily Greene Balch, Jane Adams).

**WILPF Deutsche Sektion:** [www.wilpf.de](http://www.wilpf.de)  
**WILPF Internationales Büro:** [www.wilpfinternational.org](http://www.wilpfinternational.org)  
**WILPF Projekt „Peace Women“:** [www.peacewomen.org](http://www.peacewomen.org)  
**WILPF Projekt „Reaching Critical Will“:** [www.reachingcriticalwill.org](http://www.reachingcriticalwill.org)